

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES VON CHUR

Datum	13. Dezember 2001	
Dauer	15.00 - 18.50 Uhr	
Anwesend		
Präsident	Dr. Conradin Luzi	
Mitglieder	Dorina Attinger	Emilio Arioli
	Barla Cahannes	Ernst Casty
	Gieri Derungs	Fritz Imholz
	Linus Grünenfelder	Reto A. Lardelli
	Bruno Paganini	Christina Bandli
	Peter Suter	Dr. Cristian Collenberg
	Andrea Ullius	Dr. Leza Dosch
	Marco Willi	Raimund Hächler
	Peter Zürcher	Anna Ratti
	Eva Ködderitzsch	Sandro Steidle
Stadtrat	Stadtpräsident Christian Boner	
	Stadtrat Martin Jäger	
	Stadtrat Roland Tremp	
Protokoll	Stadtschreiber Markus Frauenfelder	

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 22. November 2001
2. Voranschlag 2002 / GPK-Bericht Botsch. 34/2001
3. Fussgängerzone 3; Projekt und Kredit Botsch. 35/2001
4. Bericht zum Postulat Andrea Ullius und Mitunterzeichnende betreffend Konzept für die Altstadt Chur Botsch. 36/2001
5. Postulat Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Einführung zweisprachiger Kindergärten; Bericht 37/2001
6. Schriftliche Anfrage Barla Cahannes Renggli betreffend Brambrüeschbahn; Beantwortung
7. Wahl des Präsidiums für 2002
8. Wahl des Vizepräsidiums für 2002
9. Wahl des Aktuariats für 2002

Anmerkung des Protokollführers: Infolge technischen Defekts bei den Aufnahmegeräten wird vorliegend von der sonst üblichen Form des Beschlusses-Protokolls abgewichen.

1. Protokoll der Sitzung vom 22. November 2001

Das Protokoll der Sitzung vom 22. November 2001 wird genehmigt.

Willi erklärt, dass er bis und mit Traktandum 5 in den Ausstand tritt, da er als Stadtrat-Stellvertreter bei der Beratung dieser Geschäfte mitgewirkt habe.

2. Voranschlag 2002 / GPK-Bericht

Mit Botschaft Nr. 34/2001 beantragt der **Stadtrat**:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2002 bei Aufwendungen von Fr. 286'490'900.-- und Erträgen von Fr. 285'706'900.-- sowie einem Aufwandüberschuss von Fr. 784'000.-- wird genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2002 beträgt 90 % der einfachen Kantonssteuer.
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2002 betragen Fr. 23'435'000.--.
4. Die Feuerschutzgebühr für das Jahr 2002 beträgt 0.6 ‰.
5. Der Feuerwehrpflichtersatz für das Jahr 2002 beträgt Fr. 105.--.

Mit Bericht vom 21. November stellt die **GPK** folgende Anträge:

1. Der Voranschlag 2002 der Stadt Chur wird unter Berücksichtigung der von der GPK erwähnten Korrekturen in der Laufenden Rechnung (S. 4 Bericht) genehmigt.
2. Die Nettoinvestitionen werden auf höchstens 21 Millionen Franken plafoniert.
3. Im übrigen wird dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Eintreten

Bei der laufenden Rechnung dürfte das Sparpotenzial bald einmal ausgereizt sein, führt GPK-Präsident **Zürcher** aus. Bei den Investitionen müsse leider ein grösserer Nachholbedarf festgestellt werden, und der Plafonds von 17 Mio. Franken werde künftig wohl nicht mehr ausreichen. Es sei deshalb notwendig, nebst weiteren Sparmassnahmen auch neue Einnahmequellen zu erschliessen. Das Ziel einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik bilde eine ausgeglichene Rechnung mit einer hundertprozentigen Eigenfinanzierung der Investitionen. Angesichts der budgetier-

ten Nettoinvestitionen von 23,43 Mio. Franken habe die GPK sehr intensiv nach Sparpotenzialen gesucht und sei bei den IBC fündig geworden. Hier könnten Einsparungen von 2,5 Mio. Franken erzielt werden. Die Sanierung der GBC-Fassade hingegen sei vordringlich; für dieses Vorhaben beantrage die GPK die Aufnahme eines Teilbetrages ins Budget.

Steidle ist nicht erstaunt, wenn die bisherige Zielvorgabe von 17 Mio. Franken nicht eingehalten werden kann, weil sie nicht den effektiven Bedürfnissen entspreche. Im Bereich der Steuerpolitik erkenne er im Leitbild des Stadtrats wenig Neues. Der Stadtrat bringe nicht den Mut auf zu sagen, dass die Steuereinnahmen der letzten Jahre zu gering gewesen seien, und dass sie auch in Zukunft nicht genügen würden. Die Tabuisierung der Höhe des Steuerfusses sei unvernünftig und unlogisch. Die Anwendung des Verursacherprinzips sei grundsätzlich richtig. Wenn aber die Gebühren dazu dienten, Geldquellen auszuschöpfen, um den Steuerfuss niedrig zu halten, dann sei eine solche Finanzpolitik verfehlt. Bei den Gebühren gebe es keine Aspekte der Sozialverträglichkeit, bei den Steuern hingegen schon.

Der **Stadtpräsident** erklärt, dass der Stadtrat mit den vorgeschlagenen Korrekturen der GPK einverstanden sei. Mit Verweis auf das Leitbild des Stadtrats erachte er eine Steuererhöhung als nicht opportun, hingegen müsse die Ertragskraft gesteigert werden. Stichworte dazu seien die Kehrichtgrundgebühr, die Kanalgebühr und die Anpassung der Wassertarife.

Eintreten ist **unbestritten**.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass die von der GPK beantragten Änderungen bei der Laufenden Rechnung und bei der Investitionsrechnung akzeptiert werden.

Detailberatung

A. INVESTITIONSRECHNUNG

Seite 115, 231.503, **Fassadensanierung Gewerbeschulhaus**: Frau **Cahannes** wünscht Ausführungen zu diesem Vorhaben.

Sorgen bereiteten die Betonfassade, die Fugen und die Fenster, führt Stadtrat **Tremp** aus. Über die Sanierung der Fugen, die Dioxin entwickeln könnten, lägen mittlerweile die Resultate eines Pilotversuchs vor. Mit der Sanierung könne nicht länger zugewartet werden, und das Schulhaus werde teilweise während den Sanierungsarbeiten nicht benützbar sein.

Seite 118, 620.501/661, **Welschdörfli**: **Casty** geht davon aus, dass die vorgesehenen Beträge als erste Sofortmassnahmen zur Entflechtung bzw. Verflüssigung des Verkehrs getätigt werden sollen. Diese neue Verkehrsentflechtung erfordere aber auch Massnahmen im Bereich Obertor und Kasernenstrasse. Er habe folgende Fragen an den Stadtrat:

- Ob der Kanton später auch an die von der Mehrheit des Stimmvolkes angenommene Welschdörfliumfahrung Baubeiträge leisten werde;
- Ob die in der Investitionsrechnung aufgeführten Baubeiträge des Kantons in der Höhe von Fr. 845'000.-- bei einer Realisierung der Welschdörfli-Umfahrung in Abzug gebracht würden;
- Ob mit dieser Investition das Projekt Umfahrung Welschdörfli gefährdet bzw. verunmöglicht werde;
- Ob flankierende Massnahmen für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den angrenzenden Verkehrsknotenpunkten Obertor und Kasernenstrasse geplant seien.

Stadtrat **Tremp** erwidert, dass die Welschdörfli-Umfahrung in der Prioritätenliste des Kantons ganz hinten stehe und man daher die Gelegenheit ergriffen habe, als die privaten Baugesuche eingereicht worden seien. So könnten in kurzer Zeit massgebliche verkehrliche Verbesserungen erzielt werden, die zudem vom Kanton noch mit bedeutenden Beiträgen unterstützt würden. Die Vorhaben bildeten kein Präjudiz für die Welschdörfli-Umfahrung. Sollte die Welschdörfli-Umfahrung je realisiert werden, wäre damit zu rechnen, dass der Kanton die jetzt zugesicherten Beiträge in Abzug brächte.

B. LAUFENDE RECHNUNG

Seite 24, **1001.3655, andere Vereine und Verbände: Lardelli** stört, dass der bekannteste Werbeträger Churs in der Schweiz, der EHC Chur, nicht auch mit einem Beitrag bedacht werde. Es gehe dabei nicht um Jugendförderung, sondern um eine Abgeltung für die Werbewirkung des Namens *Chur*.

- **Antrag** Lardelli

In den Voranschlag 2002 ist unter Position 1001.3655 ein Beitrag an den EHC Chur von Fr. 100'000.-- aufzunehmen.

Grünenfelder führt aus, die GPK habe intensiv nach Sparmöglichkeiten im vorliegenden Voranschlag gesucht, um eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen, was nur in bescheidenem Rahmen gelungen sei. Beim Antrag Lardelli gehe es um die Unterstützung einer rein privaten AG, die auch eine sehr gute Jugendförderung betreibe. Diese Jugendförderung werde aber bereits von der Stadt Chur, über den Jugendförderungsbeitrag der ICS, unterstützt. Die Unterstützung einer privaten Firma gehöre nicht zu den Kernaufgaben der Stadt. Die Sprechung eines solchen Beitrags würde zudem die Begehrlichkeiten anderer Vereine wecken.

GPK-Präsident **Zürcher** beantragt Abweisung des Antrags Lardelli.

Lardelli betont, sein Antrag bezwecke die Abgeltung einer Marketingleistung; hier komme etwas zurück!

Der **Stadtpräsident** schliesst sich den Gegnern des Antrags an. Für das Image allein reiche eine A-Klassierung nicht aus. Die Stadt besitze bereits EHC-Aktien für 50'000 Franken. Der Stadtrat beantrage Ablehnung des Antrags.

Abstimmung:

Der Antrag Lardelli wird mit 15 gegen 5 Stimmen **abgelehnt**.

Seite 24, 1002, **Amtsblatt: Hächler** meint, das Erscheinungsbild des Amtsblatts sei verbesserungsfähig.

Der **Stadtschreiber** erwidert, der Handlungsbedarf beim Amtsblatt sei erkannt. Man wolle es aber nicht bei einem Facelifting belassen, sondern die Situation gründlicher analysieren, was etwas Zeit brauche.

Seite 31, 1040, **Amt für Telematik: Lardelli** kann sich den Aufwandüberschuss von 1,26 Mio. Franken nicht erklären, da die Leistungen des Amtes für Telematik doch den einzelnen Amtsstellen überwältigt würden. Zum anderen müsse darauf geachtet werden, dass die Kosten des Amtes für Telematik nicht aus dem Ruder liefen. Das Amt für Telematik dürfe auch nicht allen Begehrlichkeiten der Verwaltung einfach nachgeben.

Der **Stadtpräsident** stellt klar, dass die Globalbudgets von „unten nach oben“ erstellt würden, was auch im Leistungsauftrag des Gemeinderats stehe. Dabei sei rigoros gestrichen worden. Das Defizit beinhalte nicht überwältigbare Positionen wie Telefoniekosten, zentrales Netzwerk, Anteil Löhne Amtsleitung und Sekretariat sowie Basisinfrastruktur.

Seite 44, 1323.3140, **Baulicher Unterhalt: Frau Attinger** möchte wissen, welchem Zweck die unter dieser Position vorgesehenen Kücheneinrichtungen dienen.

Stadtrat **Jäger** erwidert, dass es sich dabei um mehrere Küchen für diverse Kindergärten handle.

Seite 50, 1355, **Sportanlagen: Ullius** erkundigt sich, wie es um die Ertragslage des Aquamarin stehe.

Der **Stadtpräsident** erwidert, sowohl Hallenbad als auch Sauna hätten dank Aquamarin 16 bzw. 17 % mehr Eintritte zu verzeichnen. Für das Aquamarin selbst seien 46'700 Eintritte verkauft worden, was über den Erwartungen liege.

Seite 55, 1810.3190, **übriger Sachaufwand: Derungs** möchte wissen, ob in den Aufwendungen der Stadtpolizei für den Gehla-Stand die Lohnanteile auch einberechnet seien und welchen Nutzen man sich von einer solchen Aktion erhoffe.

Der **Stadtpräsident** erwidert, dass die Lohnanteile im Kredit nicht enthalten seien. Es handle sich um eine Sympathieaktion, die im Einklang mit dem Leitbild des Stadtrats stehe.

Seite 77, 2620.3660, **ambulante Hilfen: Collenberg** erachtet diese Schätzung als zu optimistisch, es sei eher mit einem Anstieg der Hilfen zu rechnen.

Stadtrat **Jäger** führt aus, er habe sich über den Erhöhungsantrag der GPK für die kulturellen Anlässe der Stadtschule gefreut. Bei den ambulanten Hilfen sei er angesichts der mittlerweile gestiegenen Arbeitslosenzahlen nicht mehr so zuversichtlich wie auch schon.

Seite 80, **Zivilschutz: Lardelli** fragt, wie lange es gehe, bis die Massnahmen des Bundes im Bereich des Zivilschutzes griffen und welche Entlastung dies für die Stadt mit sich bringe. Fragen stellten sich auch zum Verhältnis zwischen Stadt und Kanton. Ob allenfalls die Möglichkeit bestehe, die ganze ZSO an den Kanton zu übertragen und so auf eine örtliche Organisation zu verzichten. Die dem ZS belasteten EDV-Kosten von 53'900.-- betrachte er als hoch, ob hier Einsparungspotenzial bestehe.

Stadtrat **Jäger** erwidert, das neue Gesetz delegiere den Bevölkerungsschutz an den Kanton, was zu einer Reduktion der Bestände führen werde. Im Kanton Graubünden werde es noch 10 bis 15 Organisationen geben. Der Umbau des Zivilschutzes werde zudem kurzfristig zu einer Steigerung bei den Ausbildungskosten führen. Zurzeit sei eine Interpellation von Grossrat Claus bei der Regierung hängig. Die ZSO der Stadt Chur sei sehr professionell und müsse in die Neuorganisation eingebunden werden.

Seite 84, **Forst- und Alpverwaltung: Casty** fragt, wie sich die Umsatzeinbussen der Carmenna-Hütte auf die Jahresrechnung auswirken werden und ob die Führungsprobleme mittlerweile gelöst seien.

Stadtrat **Jäger** erwidert, man sei nach wie vor bemüht, die Situation zu verbessern.

Seite 101, 3120.3945, **Dienstleistung Amt für Telematik: Lardelli** ist die Steigerung um fast 50'000 Franken aufgefallen.

Stadtrat **Tremp** erwidert, es handle sich um das Projekt „Gebäudegrundstück-Kataster“, das der statistischen Auswertung diene.

Seite 106, **IBC: Hächler** lobt die Zahlen der IBC als erfreulich, in ökologischer Hinsicht sei die Politik der IBC hingegen verheerend. Es frage sich, ob die IBC nach rein finanziellen Gesichtspunkten wirtschaften oder auch in ökologischer Hinsicht Akzente setzen wollten. In dieser Hinsicht sei die Stadt Zürich vorbildlich.

Beilagen zum Voranschlag auf S. 126 ff. - **keine Bemerkungen** des Rates.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat fällt einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2002 bei Aufwendungen von Fr. 286'399'900.-- und Erträgen von Fr. 285'706'900.-- sowie einem Aufwandüberschuss von 693'000.-- wird genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2002 beträgt 90 % der einfachen Kantonssteuer.
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2002 betragen Fr. 21'000'000.--.
4. Die Feuerschutzgebühr für das Jahr 2002 beträgt 0,06 ‰.
5. Der Feuerwehrpflichtersatz für das Jahr 2002 beträgt Fr. 105.--.

3. Fussgängerzone 3; Projekt und Kredit

Mit Botschaft Nr. 35/2001 beantragt der Stadtrat:

1. Das Projekt Fussgängerzone 3, Poststrasse / Kornplatz, wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 7'900'000.-- (+/- 10 %) bewilligt (Konto 620.501.203). Kostenstand Dezember 2001.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem obligatorischen Referendum (Art. 4 Ziff. 3 Stadtverfassung).

Suter bezeichnet die Verschönerung der Altstadt als einen Mosaikstein eines Gesamtkonzepts. Bezüglich Gestaltung könne man sicherlich geteilter Meinung sein. Das vorliegende Projekt enthalte mit der Pflasterung aus Guberstein eine historisierende Komponente, die mit einfachen zeitgenössischen Gestaltungselementen ergänzt und kombiniert werde. Diesem von einer kompetenten Fachjury ausgewählten Projekt könne zugestimmt werden. Der grosse Aufwand, welcher für die Pflasterung einer Fussgängerzone nötig sei, habe ihn zuerst erstaunt. Bedenke man aber, dass die Zone morgens mit schweren Fahrzeugen befahren werde, müsse der Belag möglichst lange schadenfrei benutzt werden können. Er sei heute überzeugt, dass die für die Realisierung der Fussgängerzone 3 richtige Lösung vorgeschlagen werde.

Lardelli erachtet das Vorhaben ebenfalls als notwendig, auch wenn ihn das Projekt wenig begeistert. Die Bänke seien schrecklich, und auch die Veloständer vor privaten Geschäften störten ihn.

Dosch hält fest, dass der ausgewählte Vorschlag an den eingeschlagenen Kurs anknüpfe. Auf den Farbwechsel mit dem wasserführenden Stein solle verzichtet werden, ferner seien Sand- statt Betonfugen anzubringen.

Frau **Ködderitzsch** findet, Veloparkplätze gehörten dazu, und es seien eher zu wenig vorgesehen. Im übrigen sei das Projekt nicht sehr innovativ. So könnten die Plätze durch Künstler gestaltet und Spielgelegenheiten für Kinder geschaffen werden. Auch könnte der Mühlbach gezeigt werden.

Auch Frau **Cahannes** findet die Realisierung der Fussgängerzone 3 absolut notwendig, besonders, nachdem die Initiative Lebendige Altstadt abgelehnt worden sei. Ihr gefalle die Reduktion auf das Wesentliche. Auf die Sandfugen sei zu verzichten, da sie Damen mit hohen Absätzen behinderten.

Imholz weist darauf hin, dass die Veloständer jederzeit verschoben werden könnten.

Im Sinne eines Kompromisses schlägt **Suter** vor, wenig frequentierte Plätze auszusenden. Es handle sich für den Gemeinderat um die letzte Gelegenheit, bei der Gestaltung mitzureden.

- **Antrag Suter**

Ziff. 3: *Die Pflästerung auf dem Kornplatz und der Poststrasse wird ausgefugt, die Pflästerung der Nebengassen wie Rathausgasse, Bankstrasse etc. wird aussanddet.*

Stadtrat **Trempp** weist darauf hin, dass das Projekt öffentlich aufgelegt hat und rechtskräftig ist. Mit der „Möblierung“ habe man sich intensiv befasst. Die vorliegende Lösung habe sich als die zweckmässigste erwiesen. Die Standorte der Velo-
ständer habe man pragmatisch gewählt. Was die Beleuchtung anbelange, so bedinge diese die Zustimmung der Liegenschaftsbesitzer. Wegen des LKW-
Verkehrs sei eine teilweise Vermörtelung zwingend. Das Aussanden der Nebengassen könne geprüft werden, doch sei für die Ausführung ein gewisser Spielraum notwendig. Klostersgasse und Fontanaplatz bildeten Bestandteil der 3. Etappe.

Abstimmung:

Der Antrag Suter wird mit 13 zu 5 Stimmen **genehmigt**.

Schlussabstimmung:

Der mit einer Ziffer 3 ergänzte Antrag des Stadtrats wird mit 16 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

4. Bericht zum Postulat Andrea Ullius und Mitunterzeichnende betreffend Konzept für die Altstadt Chur

Mit Botschaft Nr. 36/2001 beantragt der Stadtrat:

Das Postulat sei als erledigt abzuschreiben.

Ullius ist vom Bericht des Stadtrats zu seinem Postulat masslos enttäuscht. Ziel seines Vorstosses sei gewesen, dass endlich aufgezeigt werde, weshalb sich die Altstadt zum Schlechten gewandelt habe. Er habe gewisse Vorschläge und Ideen erwartet. Der Bericht der HTW zeige die Ist-Situation der Altstadt auf. Darin fehlten aber

die Gründe, weshalb die Altstadt die teils negativen Veränderungen durchgemacht habe. Konkrete Aussagen hätte er bezüglich Baugesetz und Zonenplan erwartet. Er stelle den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben und dem Stadtrat zur Bearbeitung zurückzugeben.

Imholz meint, wenn die Lage für die Wohnbevölkerung in der Altstadt verbessert werden solle, damit das überlebenswichtige Gleichgewicht zwischen Bevölkerung, Geschäften und Vergnügen wieder hergestellt werden könne, so seien jetzt Massnahmen gefordert. Die einzige bisher ausgeführte Massnahme zur Verbesserung dieser Situation sei das neue Gastwirtschaftsgesetz, und diesbezüglich teile er die Ansicht des Stadtrats überhaupt nicht: Der Lärm habe mit dem neuen Gesetz zwar nicht zugenommen, aber eine Steigerung sei ja auch gar nicht mehr möglich gewesen. Es brauche Gesetze und Verordnungen, die die gegenwärtige negative Entwicklung stoppten. Ihm genüge die Antwort des Stadtrats auf das eingereichte Postulat nicht und er beantrage Rückweisung.

Auch **Derungs** teilt die Einschätzung des Postulanten. Er vermisse eine Zukunftsvision.

Auch Frau **Ködderitzsch** hat nicht viel übrig für den Bericht der HTW. Es sei verpasst worden, der Altstadt ein konstruktives Leitbild zu verpassen. Immerhin enthalte die Studie prüfungswerte Aspekte (WCs, Gebühren etc.).

Der **Stadtpräsident** verweist bezüglich Gastwirtschaftsgesetz auf eine Umfrage bei der Gastro Chur, die eine gute Akzeptanz gezeigt habe. Gegen die Ausweitung des Rotlicht-Milieus gebe es keine rechtliche Handhabe. Der Stadtrat habe vor, Anfang 2002 die betroffenen Personen an einen runden Tisch zu laden und konkrete Massnahmen zu besprechen, z.B. ein Wegweiserkonzept. Es müssten nun gemeinsam Lösungen gefunden werden. Mit Visionen und Konzepten allein könne die Altstadt nicht gerettet werden.

Abstimmung:

Die Abschreibung des Postulats wird mit 13 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

5. Postulat Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Einführung zweisprachiger Kindergärten; Bericht

Da bereits Investitionen in das Primarschulprojekt getätigt worden seien, wäre es wichtig und sinnvoll, mit geringen Zusatzaufwendungen das Konzept zu vervollständigen, indem man die Projektierungsphase für den Kindergarten in die letzten 3 Jahre der Versuchsphase der Primarschule integriere, führt Postulant **Steidle** aus. Er würde deshalb gerne vom Stadtrat erfahren, in welchem Jahr das Kindergartenprojekt starten könne.

Zürcher begrüsst, dass sich der Stadtrat der Haltung des Schulrates anschliesst. Das Wesentliche dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Das Postulat sei im Sinne des Stadtrats zu überweisen.

Fast jeden Tag tauchten in den Medien neue Schulkonzepte mit Reformvorschlägen auf, führt **Casty** aus. Politiker, Lehrpersonen und auch Eltern fänden sich kaum mehr zurecht, seien verunsichert und zum Teil überfordert. Das Resultat des Versuchs solle abgewartet werden, damit man dann frei entscheiden könne. Er beantrage dem Rat, das Postulat nicht zu überweisen.

Collenberg weist darauf hin, dass sich der Stadtrat in seinem Bericht vorsichtig ausdrücke („zu prüfen“); das Postulat sei daher zu überweisen.

Stadtrat **Jäger** meint, der Versuch auf Primarschulstufe habe vielversprechend begonnen, und man werde sich bemühen, auf Ende der Versuchsphase 2006 im Kindergartenbereich bereit zu sein. Das Geschäft komme dannzumal in den Gemeinderat.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 15 gegen 5 Stimmen im Sinne des stadträtlichen Antrages **überwiesen**.

6. Schriftliche Anfrage Barla Cahannes Renggli betreffend Brambrüeschbahn; Beantwortung

Frau **Cahannes** ist nicht zufrieden mit der Antwort des Stadtrats und meint, der Stadtrat habe diese selbst zu verantworten.

Der **Stadtpräsident** betont nochmals, dass sich der Stadtrat in der jetzigen Phase der Unterschriftensammlung zurückzuhalten habe.

7. Wahl des Präsidiums für 2002

Fraktionschef **Steidle** schlägt Frau Anna Ratti zur Gemeinderatspräsidentin für das Jahr 2002 vor.

Resultat des Wahlganges:

Bei einem absoluten Mehr von 11 Stimmen wird Frau **Anna Ratti** mit 20 Stimmen gewählt.

8. Wahl des Vizepräsidiums für 2002

Frau Fraktionschefin **Cahannes** schlägt Gieri Derungs zum Gemeinderats-Vizepräsidenten für das Jahr 2002 vor.

Resultat des Wahlganges:

Bei einem absoluten Mehr von 9 Stimmen wird **Gieri Derungs** mit 17 Stimmen gewählt.

9. Wahl des Aktuariats für 2002

Für das Aktuarat unterbreitet der Stadtrat folgenden Vorschlag:

Aktuar: Markus Frauenfelder, Stadtschreiber, 1. Stellvertretung: Patrick Benz, Rechtskonsulent, 2. Stellvertretung: Regula Stump, Leiterin Personalamt

Resultat des Wahlganges:

Aktuar: **Markus Frauenfelder** (21 Stimmen)
1. Stellvertretung: **Patrick Benz** (16 Stimmen)
2. Stellvertretung: **Regula Stump** (15 Stimmen)

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Präsident Dr. **Luzi** gibt den Eingang folgender parlamentarischer Vorstösse bekannt:

- Postulat Ernst Casty und Mitunterzeichnende zur Einführung eines Parkleitsystems
- Interpellation Ernst Casty und Mitunterzeichnende betreffend Obertorkreisel

Verabschiedung zurücktretender Gemeinderäte

Die austretenden Gemeinderäte Dosch, Grünenfelder, Luzi und Paganini werden mit kurzen Würdigungen und der Übergabe der Hemmi-Pläne verabschiedet.

Chur, 15. Januar 2002

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder